

Hochschulen finden nicht aus dem Krisenmodus

Nach den Arrhythmien durch Corona standen die Hochschulen im Jahr 2023 vor neuen Herausforderungen. Geschlossene Hörsäle und verlängerte vorlesungsfreie Zeiten waren die Folgen der **massiven Energiekostensteigerungen**. Gleichwohl hielt die Landesregierung an der **wohlfeilen Einsparvorgabe von 20 %** der Energiekosten fest, trotz unabwiesbarer Energiebedarfe. Immerhin erstattet das Land den Universitäten 80% der entstandenen Mehrkosten. Um die Krisenresilienz der Hochschulen zu steigern, bedarf es aus unserer Sicht der **Vorsorge in der nächsten Hochschulfinanzierungsvereinbarung** ab dem Jahr 2026. Das Land zeigt sich jedoch wenig ambitioniert, entsprechende Instrumente vorzusehen – sei es eine Inflationskomponente, Vorsorge für Preissteigerungen oder den gezielten Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Forschung im Klammergriff des Klimaschutzes

Ein innovationsstarker und technologieoffener Forschungsstandort gehört zur DNA des Landes. Die Landesregierung setzt aber zweifelhaft politische Impulse. So soll die **Projektförderung des Ministeriums** künftig an den **Klimaschutzziele der Landesregierung** gemessen werden. Dies kann das Aus für energieintensive oder emissionsreiche Vorhaben bedeuten. Daneben sorgt das **Flächenmoratorium**, das Grün-Schwarz für die öffentlichen Einrichtungen verhängt hat, für absehbare Wachstumshem-

nisse, da künftig nur noch Projekte in Kooperation mit dem Bund oder politisch opportune Vorhaben Flächen erhalten sollen. Die Limitationen sind **Gift für den vitalen Wissenschaftsstandort**, wie wir ihn in Baden-Württemberg weiter kultivieren wollen.

Ein großer Schritt für die Staatsoper oder Hindernislauf auf dem Weg zur Sanierung?

Mit der Gründung der **Projektgesellschaft Württembergische Staatstheater** (ProWST) im Januar 2023 sollte die Opersanierung eigentlich Fahrt aufnehmen. Das Ministerium nannte die Bestellung des Geschäftsführers einen großen Schritt nach vorne. Tatsächlich sehen wir die Entwicklung aber eher verstolpert, als stetig voranschreitend. Denn der weitere **Personal-aufbau der Gesellschaft**, die möglichst bald die laufenden Planungen für die Sanierung der Staatstheater übernehmen soll, verzögert sich. Die **Kosten** für das mit mehr als einer Milliarde Euro veranschlagte Projekt wachsen indes stetig, während auf mögliche Kosteneinsparungen beim Prestigeprojekt planvoll verzichtet wird. Denn in der Satzung der Projektgesellschaft hat die grün-schwarze Landesregierung festgeschrieben, dass bei „Kosteneinsparungsmaßnahmen zur Vermeidung einer Budgetüberschreitung“ die Zustimmung des Aufsichtsrates einzuholen sei. Wir meinen: Das ist eine **Klausel zur Verhinderung von Sparmaßnahmen!**

INITIATIVEN

- » Cybersicherheit an den Hochschulen in Baden-Württemberg [Drucksache 17/4022](#)
- » Bereitstellung barrierefreier Lehr- und Prüfungsmaterialien für Studierende mit Sehbeeinträchtigung [Drucksache 17/4037](#)
- » Forschungsfinanzierung an den Hochschulen in BW [Drucksache 17/4117](#)
- » Anwendung geschlechtersensibler Sprache an den Hochschulen in BW [Drucksache 17/4121](#)
- » Chancen und Risiken der Anwendung „ChatGPT“ für Schulen und Hochschulen [Drucksache 17/4168](#)
- » Bedeutung des geplanten Flächenmoratoriums für Forschung und Lehre [Drucksache 17/4623](#)
- » Auswirkungen der Klimaschutzziele der Landesregierung auf die Förderprogramme für Forschung und Innovation in Baden-Württemberg [Drucksache 17/4647](#)
- » Rahmenbedingungen für die Forschung an den Hochschulen in BW [Drucksache 17/4997](#)
- » Konzeption der Hochschulfinanzierungsvereinbarung III [Drucksache 17/5074](#)
- » Konkrete Maßnahmen der Hochschulen zur Energieeinsparung im Wintersemester 2023/24 [Drucksache 17/5625](#)

ANSPRECHPARTNER



Dennis Birnstock Mdl

Sprecher für Forschung

dennis.birnstock@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9210



Dr. Timm Kern Mdl

Sprecher für Hochschulen

timm.kern@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9350



Stephen Brauer Mdl

Sprecher für Kultur

stephen.brauer@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9300



Benjamin Haak

Parlamentarischer Berater

benjamin.haak@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9023

Mutter-Tochter-Modell für die gemeinsame Zukunft

Der künftige Verbund der Universitätskliniken Heidelberg und Mannheim beschäftigte den Wissenschaftsausschuss des Landtags in jeder Sitzung. Auf unser Betreiben hin berichtete die Ministerin im Jahr 2023 fortwährend über das Projekt.

Nach langem Ringen fiel im März 2023 die Entscheidung auf ein „**Mutter-Tochter-Modell**“ für eine gemeinsame Zukunft der Unikliniken in Heidelberg und Mannheim. Das Universitätsklinikum Heidelberg soll Mehrheitsgesellschafter der Universitätsklinikum Mannheim GmbH werden und die strategische Führung des Verbunds übernehmen, während beide Krankenhäuser **auf medizinischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene sehr eng kooperieren**, ohne aber ihr eigenständiges Profil zu verlieren. Damit nimmt die Rettung des Klinikstandortes Mannheim Fahrt auf, der zuletzt in kommunaler Trägerschaft erhebliche Defizite verzeichnet hatte. Es bleiben aber viele **Unwägbarkeiten** auf dem Weg, solange die juristische Gestaltung der Kooperation nicht abgeschlossen ist. Denn die erhofften **Synergien des Verbunds** sollten aus unserer Sicht möglichst ohne Einschnitte in die Forschung und Lehre, beim Personal oder die Professuren gehoben werden. Schließlich können wir auf die Expertise, die medizinischen

Ausbildungskapazitäten und die Forschungsleistung am Standort Mannheim nicht verzichten. Neben diesen Aspekten muss die Ausgestaltung des Verbunds auch unter Berücksichtigung der Belange des Personals geschehen. Die verbleibende Eigenständigkeit der Universitätsklinik Mannheim muss sich auch bei der Ausgestaltung der Personalvertretung widerspiegeln. Das Verbundmodell muss zudem unter Berücksichtigung möglicher **Umsatzsteuerpflichten** aus dem neuen EU-Recht gestaltet werden. Denn es werden in jedem Fall Austauschbeziehungen zwischen den Verbundpartnern geschaffen, die gegebenenfalls unter die **EU-Mehrwertsteuer-richtlinie** fallen und damit steuerpflichtig werden. Positiv wirkt sich die verbleibende Selbstständigkeit der Uniklinik Mannheim auf die **Förderfähigkeit aus dem Krankenhausinvestitionsrahmen** aus – so können weiterhin Fördermittel gezielt ausgebracht werden, insbesondere steht dem dringend benötigten Neubauvorhaben „Neue Mitte“ nichts im Wege.

ARBEITSKREIS


 Wissenschaft

ANSPRECHPARTNER

Dennis Birnstock MdL
Dr. Timm Kern MdL
Stephen Brauer MdL